

DIE 18 STATIONEN DES SPAZIERGANGES (DAUER CA. 2 STUNDEN)

1F Platz der Menschenrechte Ausgang U2 Museumsquartier

Die Revolutionärin, Frauenrechtlerin und Autorin Olympe de Gouges (1748–1793) verfasste im Jahr 1791 die „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“. Es war ihre Reaktion auf die am 26. August 1789 von der französischen Nationalversammlung verkündete „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“, die nur für Männer galt. Gouges forderte die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung der Frauen und das Frauenwahlrecht. Die Erklärung ist die Grundlage für die Einführung des Frauenwahlrechtes in Europa.

2F Gedenktafel Emilie Flöge und Lina Loos Mariahilfer Straße 1b, 1060 Wien

Eine Gedenktafel erinnert an die Schauspielerinnen und Autorinnen Lina Loos (1882–1950) und an Gustav Klimts Muse, die Modeschöpferin Emilie Flöge (1874–1952). Seit 1904 betrieb Flöge mit ihren Schwestern hier einen Modesalon und beschäftigte bis zu 80 Schneiderinnen. Neben teuren Modellen entwarf sie auch Reformkleider im Stil der Wiener Werkstätten: lockere Kleider, die ohne Korsett von Frauenrechtlerinnen und gesundheitsbewussten Frauen getragen wurden. Im Jahr 1908 streikten die Näherinnen, sie waren mit den Betriebsbedingungen unzufrieden. Im Jahr 1916 und 1921 unterzeichneten die Schwestern Flöge Kollektivverträge.

3F Heim der stellenlosen Hausgehilfinnen – Einigkeit – Verband der Hausgehilfinnen, Erzieherinnen, Heim- und Hausarbeiterinnen (1911–1934)

Rahlgasse 2, 1060 Wien
Im Jahr 1911 gründete die Hausgehilfin Gisela Laferl (1884–1968) den Verein „Einigkeit – Verband der Hausgehilfinnen,

Erzieherinnen, Heim- und Hausarbeiterinnen“. Die Ziele des Verbandes waren u.a. die Einführung der Kranken-, Alters-, Invaliditäts- und Unfallversicherung, gesetzliche Arbeits- und Ruhezeiten, die Abschaffung der „vorsinnflichen“ Dienstbotenordnung aus dem Jahr 1810 sowie die Verabschiedung eines Hausgehilfinnengesetzes – letzteres sollte bis 1920 dauern. In der Rahlgasse 2 wurde 1927 eines der beiden Heime für stellenlose Hausgehilfinnen errichtet. Der Verband und die Stellenlosenheime wurden mit Beginn des Austrofaschismus 1934 aufgelöst.

4F Erstes Mädchengymnasium Rahlgasse 4, 1060 Wien

Im Jahr 1892 wurde das erste Mädchengymnasium in Österreich eröffnet. 18 Jahre später übersiedelte die Schule in die Rahlgasse 4. Hier maturierten u.a. die Physikerinnen Olga Ehrenhaft-Steindler (1879–1933) und Marietta Blau (1894–1970), die Lehrerin, Widerstandskämpferin und Politikerin Stella Klein-Löw (1904–1986) sowie die Philologin Gertrud Herzog-Häuser (1894–1953), die ab 1937 Direktorin des Gymnasiums war. Sie wurde von den Nationalsozialisten ob ihrer jüdischen Abstammung ihres Amtes enthoben. Nach dem Zweiten Weltkrieg baute die Gewerkschafterin (Gewerkschaft öffentlicher Dienst) Marie Jacot (1912–2000) die Schule trotz der schlechten Versorgungslage und der fehlenden Unterrichtsmaterialien wieder auf. Seit 1978 dürfen auch heute diese Schule besuchen.

5F Johanna Dohnal Johanna-Dohnal-Platz, 1060 Wien

Die Feministin Johanna Dohnal (1939–2010) war Initiatorin des ersten Frauenhauses im Jahr 1978, Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen (1979–1990) und erste Frauenmi-

nisterin Österreichs (1990–1995). Sie kämpfte für die Entbasterung des Themas Gewalt gegen Frauen und erreichte grundlegende Reformen von Gewaltschutzgesetzen; wie etwa, dass Vergewaltigung in der Ehe ein Straftatbestand ist (1989) sowie das Wegweisungsrecht bei Gewalt in der Ehe (1990). Dohnal setzte aber auch die Beseitigung der Amtsvormundschaft von ledigen Müttern (1989), die Elternkarenz (1990) und 1992 gemeinsam mit Gewerkschafterinnen wie der ÖGB-Frauenvorsitzenden Hilde Seiler (geb. 1931) das Gleichbehandlungspaket durch.

6F Abschaffung des „Mordparagrafen“ 144 Eschenbachgasse 9, 1060 Wien

Zwischen 1768 und 1975 waren Schwangerschaftsabbrüche verboten. Sie standen während der Regierungszeit von Maria Theresia 1740–1780 und während des NS-Regimes für „arische Frauen“ unter Todesstrafe. Bereits im frühen 20. Jahrhundert versuchten die Frauenbewegungen und die Politikerinnen der Ersten Republik den „Mordparagrafen“ 144–148 aus den Gesetzbüchern zu streichen. Die Diskussionen zeigten die unterschiedlichen Positionen auf. Die Befürworter_innen sprachen sich gegen den „Gebärzwang“ und die Selbstbestimmung der Frau aus, die Gegner_innen für den Schutz des ungeborenen Lebens. Erst im Jahr 1975 trat die Fristenlösung in Kraft.

7F Streik der Kleidermacherinnen im Jahr 1907 Ring, 1010 Wien

Ab 11. März 1907 streikten die Wiener Kleidermacherinnen. Um ihre Forderungen zu unterstreichen, schritten am 18. März 1907 rund 6.000 Frauen mit „erstem Selbstbewusstsein“ die Ringstraße entlang. Sie forderten den Abschluss eines Kollektivvertrages, in dem Mindestlöhne, Überstundenschläge,

die volle Bezahlung der Feiertage, sowie eine Arbeitszeitverkürzung verankert sein sollten. Erst am 27. März stimmten viele Arbeitgeber_innen den Forderungen zu und schlossen einen Kollektivvertrag auf vier Jahre ab. Im Jahr 1911 mussten die Kleidermacherinnen für die Erneuerung des Kollektivvertrages abermals streiken. Nach 18 Tagen stimmten diesmal alle Wiener Schneidereien schließlich zu.

8F „Zentralstelle für weibliche Berufsberatung“ Burgring 9, 1010 Wien

Das Ausbildungsangebot für junge Frauen war während der Monarchie sehr beschränkt. Im Jahr 1916 gründete die Pädagogin und Frauenrechtlerin Oly Schwarzwald (1877–1960) am Burgring 9 die erste „Zentralstelle für weibliche Berufsberatung“. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Einrichtung von der Stadt Wien übernommen. Schwarz kämpfte an zwei Fronten: nach außen um für Frauenberufe bessere Bedingungen zu schaffen und nach innen, um junge Frauen davon zu überzeugen, nicht nur traditionelle Frauenberufe wie Schneiderin oder Friseurin zu lernen, sondern Berufe im Gartenbau, im Kunsthandwerk und in der Sozialarbeit zu ergreifen. Ihre Ideen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg von den Gewerkschafterinnen wieder aufgegriffen und um Kampagnen, die Frauen ermutigen sollten, traditionelle Männerberufe zu erlernen, erweitert.

9F Maria-Theresia-Statue Maria-Theresien-Platz, 1010 Wien

Die Regentin Maria Theresia (1717–1780) förderte seit 1749 die Seidenherzeugung in Wien. Sie erlaubte ab 1751, dass Frauen in Manufakturen an Webstühlen arbeiten und ab 1776, dass „Gewerbsleute“, „Weibspersonen“ beschäftigen dürfen. Im Jahr 1801 war schon die Hälfte der 16.000 in der Seidenproduktion Beschäftigten Frauen und Mädchen.



Die erste Frauentagsdemonstration, 19. März 1911 in Wien (Nummer 13 F)

Darunter waren auch Ehefrauen der Zeugmachergesellen, die zum kargen Lohn des Mannes dazu verdienen mussten. Mit der Zunahme der Technisierung, die die Zerlegung der Arbeit in einfache Schritte erlaubte, nahm die Frauen- und Kinderarbeit weiter zu. Frauen verdienten aber nur rund ein Drittel des Männerlohnes.

10F Demonstration der Zeugmachergesellen 1922 Burgtor, 1010 Wien

Die Zeugmachergesellen richteten im späten 18. Jahrhundert Petitionen an Kaiser Franz II (1768–1835), in denen sie gegen die Beschäftigung von Frauen und Kindern in den Manufakturen protestierten. Sie fürchteten um ihre Arbeitsplätze und hielten es für ungerecht, dass die „Weibspersonen nicht sieben Lehrjahre umsonst zum Nutzen der Meister verbringen mussten“ und behaupteten, dass nicht die „Weibspersonen“, sondern die Männer für ihre Familie zu sorgen haben. Im Jahr 1792 demonstrierten sie vor dem Burgtor. Dies blieb jedoch genauso erfolglos wie die Petitionen, denn zu dieser Zeit war die Seidenherstellung eine der wichtigsten Wiener Produktionsbranchen.

11F Bundeskanzleramt Ballhausplatz 2, 1010 Wien

Bei der Regierungsbildung im Jahr 1979 schuf der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky (1911–1990) vier neue Staatssekretariate und besetzte sie ausschließlich mit Frauen, somit stieg der Frauenanteil in der Regierung auf 27 Prozent. Die Juristin Beatrix Eypeltauer (geb. 1929) wurde Staatssekretärin im Bundesministerium für Bauten und Technik, Anneliese Albrecht (geb. 1921) wurde Staatssekretärin im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, Johanna Dohnal (1939–2010) wurde Staatssekretärin im Bundeskanzleramt und die Gewerkschafterin Franziska Fast (1925–2003) Staatssekretärin für die Belange der berufstätigen Frau. Fast war eine der Vorkämpferinnen für mehr Frauen in technischen Berufen, mehr Frauen in hohen gesellschaftlichen Positionen, für die Abschaffung der „Leichtlohngruppen“ und die Einführung der Vaterkarenz.

12F Erster Wiener Demokratischer Frauenverein 1848 Volkgarten, 1010 Wien

Karoline von Perin-Gradenstein (1806–1888) war eine der ersten Frauen, die für Gleichberechtigung von Mann und Frau eintraten. Nach der „Praterschlacht“ (1818), bei der die Nationalgarde am 23. August 1848 eine Arbeiter_innendemonstration gegen geplante Lohnkürzungen blutig niedergeschlagen hatte, gründete Perin-Gradenstein am 28. August 1848 den „Ersten Wiener Demokratischen Frauenverein“. Die Gründungsversammlung fand im Salon des Wiener Volksgartens statt. Der Verein sollte die Demonstrationen der „Praterschlacht“ finanziell unterstützen, setzte sich aber auch dezidiert für die Gleichberechtigung der Frauen ein und forderte Bildungsmöglichkeiten für Frauen. Mit der Niederschlagung der Revolution im Oktober 1848 wurde der Verein aufgelöst. Perin-Gradenstein wurde verhaftet, misshandelt, ihr Vermögen wurde eingezogen, und die Kinder wurden ihr weggenommen. Sie musste ins Ausland gehen. Nach ihrer Rückkehr aus dem Exil lebte sie in Wien in ärmlichen Verhältnissen und war unter anderem Inhaberin eines Stellenvermittlungsbüros.

13F Internationaler Frauentag 1911–2011 Ring, 1010 Wien

Am 19. März 1911 fand in Wien der erste Internationale Frauentag statt. 20.000 Frauen demonstrierten am Ring. Sie forderten nicht nur das Frauenwahlrecht (das Männerwahlrecht war bereits 1907 eingeführt worden) sondern auch den Schutz des Lebens und der Gesundheit der arbeitenden Frauen, genügend

Lohn, um Kinderarbeit zu vermeiden, gute Schulen, menschenwürdiges Dasein für Witwen und Waisen u.a.m. Es sollte noch bis zum Jahr 1919 dauern, bis Frauen erstmals wählen durften. Zum 100. Jahrestag im Jahr 2011 schlossen sich 170 Organisationen, darunter auch die ÖGB-Frauen, zusammen. Rund 15.000 Demonstrant_innen zogen vom Schwarzenbergplatz bis zum Parlament. Die Forderung nach „Gleicher Lohn für gleichwertige Leistung“ ist nach wie vor aufrecht.

14F Denkmal 12. Februar 1934 Rathauspark, 1010 Wien

Mit der Geschäftsordnungsreform und der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 begann unter Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (1892–1934) das autoritäre Regime. Presse-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit wurden eingeschränkt, ein Streikverbot erlassen und die Todesstrafe wieder eingeführt. Am 12. Februar 1934 standen rund 20.000 Arbeiter_innen etwa 60.000 Gendarmen, Polizisten und Soldaten gegenüber. Die Sozialdemokrat_innen verloren den Kampf. Daraufhin wurden die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Gewerkschaften, die „unliebsamen Frauenvereine“ und deren Medien verboten. Es entstanden aber sofort zahlreiche Widerstandsorganisationen.

15F Gewerkschafts- und Arbeiterkammerhaus Ebdorferstraße, 1010 Wien

Im Jahr 1920 zog die neu gegründete Kammer für Arbeiter und Angestellte in dieses Gebäude ein. Ab 1921 war hier auch der Sitz der Gewerkschaftskommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften (ab 1928 Bund der Freien Gewerkschaften), und zwischen 1925 und 1934 leitete Käthe Leichter (1895–1942) hier das AK-Frauenreferat. Anna Boschek (1874–1957) hatte 1928 das gewerkschaftliche Frauenreferat erkämpft und arbeitete hier gemeinsam mit der ersten Frauensekretärin und späteren ÖGB-Frauenvorsitzenden Wilhelmine Moik (1894–1970). Sie veröffentlichten mehrere Bücher, moderierten Radiosendungen und setzten sich für Gleichberechtigung und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ein. Nach den Februarkämpfen im Jahr 1934 wurden mit den Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei auch die Frauenreferate aufgelöst.

16F Rathaus – Frauen im Gemeinderat Rathausplatz, 1010 Wien

Bei den Gemeinderats- und Landtagswahlen am 4. Mai 1919 durften erstmals Frauen und Männer nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und persönlichen Wahlrecht wählen. Am 22. Mai 1919 zogen insgesamt 22 Frauen, darunter waren 16 Sozialdemokratinnen und auch zahlreiche Gewerkschafterinnen, in den Gemeinderat ein. Sie alle waren Mitgestalterinnen des „Roten Wien“ (umfangreiche Reformen in der Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik).

17F Grete Rehor Grete-Rehor-Park

Die christlich-soziale Gewerkschafterin Grete Rehor (1910–1987) begann ihre gewerkschaftliche Arbeit 1927 als Sekretärin des Zentralverbandes der christlichen Textilarbeiter. Von 1928–1938 war sie das erste weibliche Mitglied im Jugendbeirat der AK Wien und arbeitete bei „Jugend am Werk“ und „Jugend in Not“ mit. Nach dem Kriegsende im Jahr 1945 war sie in der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter tätig. 1957 gründete sie das Frauenreferat des ÖAAB und war zwischen 1949 und 1970 Nationalratsabgeordnete. Während der ÖVP-Alleinregierung (1966–1970) wurde sie als erste Frau zu einer Bundesministerin (Sozialministerin) ernannt. 104 Sozialgesetze trugen ihre Handschrift – das brachte ihr den Spitznamen „Schwarze Kommunistin“ ein.



Grete-Rehor-Park (Nummer 17 F)

18F Parlament Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1010 Wien

Nach jahrzehntelangem Kampf galt ab Dezember 1918 das allgemeine, gleiche, direkte und persönliche Wahlrecht für Frauen und Männer. Im März 1919 zogen acht Frauen in die Konstituierende Nationalversammlung ein. Darunter waren auch Gewerkschafterinnen: z. B. die einzige aus einem Bundesland stammende Abgeordnete, die Tabakarbeiterin Marie Tusch (1868–1939), Anna Boschek (1874–1957) und Amalie Seidel

(1876–1952). Zwischen 1919 und 1934 setzten sich die Parlamentarierinnen u.a. erfolgreich ein für die rechtliche Gleichstellung in der Verfassung (1920), für die Verabschiedung des Hausgehilfinnengesetzes (1920) und des Ammenengesetzes (1926), des ArbeiterInnenversicherungsgesetzes (1926), des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (1928). Nicht erreichen konnten sie die Abschaffung des „Abtreibungsparagrafen“ 144–148 und die Reform des Eherechtes. Dies sollte noch bis in die 1970er-Jahre dauern.



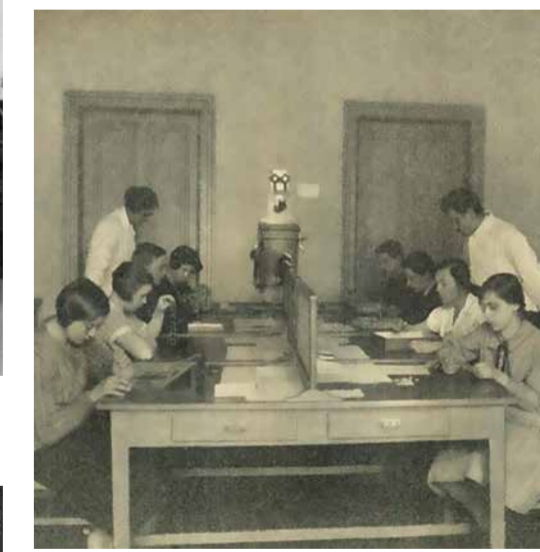
Heim der stellenlosen Hausgehilfinnen – Einigkeit –
Verband der Hausgehilfinnen, Erzieherinnen, Heim-
und Hausarbeiterinnen (Nummer 3 F)



Heraus mit dem Frauenwahlrecht. Von Karl Maria
Stadler (1888 – nach 1943) (Nummer 13 F)



Demonstration gegen Paragraph 144
(Nummer 6 F)



Zentralstelle für weibliche Berufsberatung
Aus: Die moderne Frau 2 (1927), (Nummer 8 F)



Plakat: Johanna Dohnal: Jeder zweite Abgeordnete
ist eine Frau (Nummer 5 F)



Wilhelmine Moik (Nummer 15 F)
Käthe Leichter (Nummer 15 F)

